





HAMZA HAMOUCHENE 2022-08-27

EUROPAS ENERGIEBEDÜRFNISSE: GRÜNER KOLONIALISMUS UND GREEN GRABBING IN NORDAFRIKA

ECONOFICTION ENERGIEPOLITIK, GREEN GRAABING, IMPERIALISMUS

Europas Staatschefs nutzen die Klimakrise als Gelegenheit, ihren kolonialen Einfluss auf Afrika auszuweiten. Unter dem Vorwand, dass "wir alle" gegen einen "gemeinsamen Feind" kämpfen, fördern sie "saubere Technologie"-Projekte, die nicht nur die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd reproduzieren, sondern zudem die Klimakrise anheizen, argumentiert der Wissenschaftler und Aktivist Hamza Hamouchene in seinem Beitrag zur BG-Textreihe "After

Extractivism".

*

Die Sahara wird in der Regel als ein riesiges, leeres, dünn besiedeltes Stück Land beschrieben, das ein Eldorado für erneuerbare Energien darstellt und somit eine goldene Gelegenheit bietet, Europa mit Energie zu versorgen, damit es seinen extravaganten Konsumstil und verschwenderischen Energieverbrauch fortsetzen kann. Dieses trügerische Narrativ lässt jedoch Fragen des Eigentums und der Souveränität außer Acht und verschleiert die fortbestehenden globalen Hegemonie- und Herrschaftsverhältnisse, die die Plünderung von Ressourcen, die Privatisierung von Gemeingütern und die Enteignung von Gemeinschaften begünstigen und damit undemokratische und ausgrenzende Formen der Steuerung des Übergangs festigen.

In diesem Kontext wurde das Desertec-Projekt ins Leben gerufen, eine ehrgeizige Initiative zur Stromversorgung Europas mit Hilfe von Solarkraftwerken und Windparks in der Sahara, die sich über die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) erstrecken, mit der Idee, dass eine winzige Fläche der Sahara bis 2050 rund 20 % des europäischen Stroms über spezielle Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungskabel liefern kann.

Nachdem einige Jahre lang ein Hype um das Projekt entfacht wurde, kam Desertec aufgrund der Kritik an den astronomischen Kosten und den neokolonialen Konnotationen schließlich zum Stillstand. Die Idee scheint jedoch unter dem Namen Desertec 3.0 wiederbelebt worden zu sein, diesmal als mögliche Antwort auf Europas Bedarf an erneuerbarem Wasserstoff. Anfang 2020 rief die Desertec Industrial Initiative (Dii) die MENA Hydrogen Alliance ins Leben, die Akteure aus dem privaten und öffentlichen Sektor sowie aus Wissenschaft und Forschung zusammenbringt, um eine grüne Wasserstoffwirtschaft in Gang zu bringen.

Energiewende, Enteignung und Verstaatlichung

Beispiele aus der nordafrikanischen Region zeigen, wie der *Energiekolonialismus* auch beim Übergang zu erneuerbaren Energien in Form von *grünem Kolonialismus* oder *Green Grabbing* reproduziert wird. Dies wirft die Frage auf, ob es uns wirklich um einen "gerechten Übergang" geht, der den verarmten und marginalisierten Menschen in der Gesellschaft zugute kommt, anstatt ihre sozioökonomische Ausgrenzung zu verstärken.

Marokko hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien an seinem Energiemix bis 2030 auf 52 % zu erhöhen. Das 2016 in Betrieb genommene Solarkraftwerk in Ouarzazate beispielsweise hat den Amazigh-Agrar- und Hirtengemeinschaften, deren Land ohne ihre Zustimmung für die Installation der 3.000 Hektar großen Anlage genutzt wurde, nicht einen Hauch von Gerechtigkeit gebracht. Außerdem sind die Schulden in Höhe von 9 Mrd. USD von der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und anderen durch Bürgschaften der marokkanischen Regierung abgesichert, was für ein bereits überschuldetes Land potenziell noch mehr öffentliche Schulden bedeutet. Schließlich wird bei dem Projekt konzentrierte Wärmeenergie (CSP) eingesetzt, die einen hohen Wasserverbrauch zur Kühlung und Reinigung der Module erfordert. In einer halbtrockenen Region wie Ouarzazate ist die Umleitung des

Wasserverbrauchs von der Trinkwasserversorgung und der Landwirtschaft einfach unverschämt.

Das Projekt "Noor Midelt" bildet die Phase II des marokkanischen Solarstromplans und soll eine höhere Energiekapazität als das Kraftwerk in Ouarzazate bereitstellen. Es handelt sich um eine Mischung aus CSP- und Photovoltaik (PV)-Solarenergie. Mit 800 MW, die für die erste Phase geplant sind, wird es eines der weltweit größten Solarprojekte sein, das CSP- und PV-Technologien kombiniert. Im Mai 2019 wurde ein Konsortium aus EDF Renewables (Frankreich), Masdar (Vereinigte Arabische Emirate) und Green of Africa (marokkanischer Mischkonzern) als erfolgreicher Bieter für den Bau und den Betrieb der Anlage in Partnerschaft mit der marokkanischen Agentur für Solarenergie (MASEN) für einen Zeitraum von 25 Jahren ausgewählt. Für das Projekt wurden bisher mehr als 2 Mrd. USD Kredit von der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Europäischen Investitionsbank, der französischen Entwicklungsagentur und der KfW aufgenommen.

Mit dem Bau des Projekts wurde 2019 begonnen, und die Inbetriebnahme wird für 2022 erwartet. Der Solarkomplex Noor Midelt wird auf einer Fläche von 4141 Hektar auf dem Plateau von Haute Moulouya in Zentralmarokko, etwa 20 km nordöstlich der Stadt Midelt, errichtet. Insgesamt 2714 Hektar werden von den drei ethnischen Agrargemeinschaften Ait Oufella, Ait Rahou Ouali und Ait Massoud Ouali als kommunales/kollektives Land verwaltet, während etwa 1427 Hektar als Waldland deklariert sind und derzeit von den Gemeinschaften verwaltet werden. Das Land wurde den Eigentümern durch nationale Gesetze und Vorschriften entzogen, die eine Enteignung im öffentlichen Interesse erlauben.

In Anlehnung an ein koloniales Umweltnarrativ, das die zu enteignenden Ländereien als marginal und unzureichend genutzt bezeichnet und daher für Investitionen in grüne Energie zur Verfügung steht, betont die Weltbank in einer Studie aus dem Jahr 2018, dass "auf dem sandigen und trockenen Boden nur kleine Büsche wachsen können und das Land aufgrund des Wassermangels nicht für die landwirtschaftliche Entwicklung geeignet ist".

Im Bericht der Weltbank wird weiter behauptet, dass "der Landerwerb für das Projekt keine Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der lokalen Gemeinschaften haben wird". Der Hirtenstamm von Sidi Ayad, der das Land seit Jahrhunderten zum Weiden seiner Tiere nutzt, ist jedoch anderer Meinung. Hassan El Ghazi, ein junger Hirte, erklärte 2019 gegenüber einer Aktivistin von ATTAC Marokko:

"Unser Beruf ist die Weidewirtschaft, und jetzt hat dieses Projekt unser Land besetzt, auf dem wir unsere Schafe weiden lassen. Sie beschäftigen nicht uns für das Projekt, sondern Fremde. Das Land, auf dem wir leben, wurde besetzt. Sie zerstören die Häuser, die wir gebaut haben. Wir werden unterdrückt, und die Region Sidi Ayad wird unterdrückt. Ihre Kinder werden unterdrückt, und ihre Rechte und die Rechte unserer Vorfahren sind verloren gegangen. Wir fordern, dass sich die Verantwortlichen um unsere Situation und unsere Regionen kümmern. Mit einer solchen Politik können wir nicht existieren, und es ist besser zu sterben, es ist besser zu sterben!"

In diesem Zusammenhang haben die Einwohner*innen von Sidi Ayad seit 2017 ihren Unmut durch mehrere Proteste zum Ausdruck gebracht, die 2019 zur Verhaftung von Said Oba

Mimoun, Mitglied der Gewerkschaft der Kleinbauern und Waldarbeiter, und zu einer zwölfmonatigen Haftstrafe führten.

Frauen aus der Soulaliyate-Bewegung (der Begriff "Soulaliyate-Frauen" bezieht sich auf Stammesfrauen in Marokko, die auf kollektivem Land leben), die Anfang der 2000er Jahre entstand, fordern ebenfalls ihr Recht auf Zugang zu Land in der Region Drâa-Tafilalet und verlangen eine angemessene Entschädigung für ihr angestammtes Land, auf dem das Solarkraftwerk gebaut wurde. Trotz Einschüchterungen, Verhaftungen und Belagerungen durch die Behörden hat sich die Bewegung landesweit verbreitet, und Frauen aus verschiedenen Regionen haben sich hinter dem Banner der Gleichheit und Gerechtigkeit versammelt.

Grüner Kolonialismus und Besatzung in der Westsahara

Während einige der Projekte in Marokko, wie das Ouarzazate- und das Midelt-Solarkraftwerk, als "Green Grabbing" bezeichnet werden können – die Aneignung von Land und Ressourcen für angeblich ökologische Zwecke -, können ähnliche Projekte für erneuerbare Energien (Solar- und Windenergie), die in den besetzten Gebieten der Westsahara durchgeführt werden, einfach als "grüner Kolonialismus" bezeichnet werden, da sie gegen die Saharauis und auf deren besetztem Land durchgeführt werden.

Gegenwärtig sind drei Windparks in der besetzten Westsahara in Betrieb. Ein vierter befindet sich in Boujdour im Bau, während sich mehrere in der Planungsphase befinden. Diese Windparks sind Teil des Portfolios von Nareva, dem Windenergieunternehmen, das zur Holdinggesellschaft der marokkanischen Königsfamilie gehört. 95 % der Energie, die das staatliche marokkanische Phosphatunternehmen OCP für die Ausbeutung der nicht erneuerbaren Phosphatvorkommen der Westsahara in Bou Craa benötigt, wird aus Windrädern gewonnen.

Im November 2016, zum Zeitpunkt der UN-Klimagespräche COP22, unterzeichnete das saudi-arabische Unternehmen ACWA Power eine Vereinbarung mit MASEN über die Entwicklung und den Betrieb eines Komplexes von drei Photovoltaik-Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von 170 MW. Zwei dieser Kraftwerke (heute in Betrieb) mit insgesamt 100 MW befinden sich jedoch nicht in Marokko, sondern in den besetzten Gebieten (El Aaiún und Boujdour). Außerdem wurde ein drittes Solarkraftwerk in El Argoub bei Dakhla geplant.

Es ist klar, dass diese Projekte für erneuerbare Energien dazu dienen, die Besatzung zu festigen, indem sie die Beziehungen Marokkos zu den besetzten Gebieten vertiefen, und zwar mit offensichtlicher Komplizenschaft des ausländischen Kapitals und der Unternehmen.

Wasserstoff, die neue Energiegrenze in Afrika

Nach diesem kleinen Abstecher wollen wir nun zu Desertec und Wasserstoff zurückkehren.

Sauberer oder grüner Wasserstoff bezieht sich auf die Gewinnung von Wasserstoff aus komplexeren Stoffen mit "sauberen" (kohlenstofffreien) Verfahren. Der größte Teil der derzeitigen Wasserstoffproduktion erfolgt durch die Gewinnung aus fossilen Brennstoffen, was zu hohen

Kohlenstoffemissionen führt (grauer Wasserstoff). Durch die Technologie der Kohlenstoffabscheidung kann dieser Prozess sauberer gestaltet werden (blauer Wasserstoff). Bei der saubersten Form der Wasserstoffgewinnung werden jedoch Elektrolyseure zur Aufspaltung von Wassermolekülen eingesetzt, ein Verfahren, das mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben werden kann (sauberer oder grüner Wasserstoff).

Die im Juli 2020 im Rahmen des European Green Deal (EGD) veröffentlichte Wasserstoffstrategie der EU ist ein ehrgeiziger Fahrplan für den Übergang zu grünem/reinem Wasserstoff bis 2050. Darin wird vorgeschlagen, dass die EU einen Teil ihres künftigen Bedarfs aus Afrika decken könnte, insbesondere aus Nordafrika, das sowohl über ein enormes Potenzial an erneuerbaren Energien als auch über geografische Nähe verfügt.

Die Idee geht auf ein im März 2020 von der Branchenorganisation Hydrogen Europe veröffentlichtes Papier zurück, in dem die "2 x 40 GW grüne Wasserstoffinitiative" vorgestellt wird. (Einer der Autoren dieses Artikels über die 2 x 40-GW-Initiative von Hydrogen Europe war auch Mitverfasser des Wasserstoff-"Manifests" von Dii North Africa-Europe im November 2019.) Im Rahmen dieses Konzepts würde die EU bis 2030 über 40 GW inländischer erneuerbarer Wasserstoff-Elektrolyseur-Kapazität verfügen und weitere 40 GW aus Elektrolyseuren in benachbarten Gebieten, darunter die Wüsten Nordafrikas, importieren, wobei bestehende Erdgas-Pipelines genutzt würden, die bereits Algerien und Libyen mit Europa verbinden.

Innerhalb Europas gehört Deutschland zu den Vorreitern bei den Bemühungen um grünen Wasserstoff in Afrika. Es arbeitet mit der Demokratischen Republik Kongo, Marokko und Südafrika zusammen, um aus erneuerbaren Energien erzeugten "dekarbonisierten Kraftstoff" für den Export nach Europa zu entwickeln, und erkundet weitere potenzielle Gebiete/Länder, die für die Produktion von grünem Wasserstoff besonders geeignet sind. Im Jahr 2020 geht die marokkanische Regierung eine Partnerschaft mit Deutschland ein, um die erste Anlage für grünen Wasserstoff auf dem Kontinent zu entwickeln.

Der Desertec-Vorschlag, der sich für ein europäisches Energiesystem einsetzt, das bis 2050 zu 50 % aus erneuerbaren Energien und zu 50 % aus grünem Wasserstoff besteht, geht von der Annahme aus, dass "Europa nicht in der Lage sein wird, seine gesamte erneuerbare Energie in Europa selbst zu erzeugen." Der neue Desertec-Vorschlag versucht, sich von der Exportorientierung aus den Anfangstagen der Initiative zu distanzieren, indem er die Dimension der lokalen Entwicklung eines sauberen Energiesystems hinzufügt. Die Exportagenda zur Gewährleistung der europäischen Energiesicherheit ist jedoch eindeutig: "Über die Deckung der Inlandsnachfrage hinaus verfügen die meisten nordafrikanischen Länder über ein enormes Potenzial an Land und Ressourcen, um grünen Wasserstoff für den Export zu produzieren."

Als ob das für die politischen und wirtschaftlichen Eliten auf beiden Seiten des Mittelmeers nicht schon überzeugend genug wäre, wird Desertec auch noch als Lösung für die Energiewende in Europa und als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordafrika dargestellt, die die Süd-Nord-Migration eindämmt: "Darüber hinaus würde ein gemeinsames europäisch-nordafrikanisches Konzept für erneuerbare Energien und Wasserstoff wirtschaftliche

Entwicklung, zukunftsorientierte Arbeitsplätze und soziale Stabilität in den nordafrikanischen Ländern schaffen und möglicherweise die Zahl der Wirtschaftsmigranten aus der Region nach Europa verringern."

Da es sich um eine eher unpolitische technische Lösung handelt, verspricht sie die Überwindung dieser Probleme ohne grundlegende Veränderungen und erhält im Grunde den Status quo und die Widersprüche des globalen Systems aufrecht, die zu diesen Problemen geführt haben. Großtechnische "Lösungen" wie Desertec neigen dazu, den Klimawandel als ein gemeinsames Problem ohne politischen oder sozioökonomischen Kontext darzustellen. Diese Sichtweise blendet die historische Verantwortung des industrialisierten Westens, die Probleme des kapitalistischen Energiemodells und die unterschiedlichen Anfälligkeiten sowie die Machtasymmetrien zwischen den Ländern des Nordens und des Südens aus. Durch die Verwendung von Begriffen wie "gegenseitige Zusammenarbeit" und "zum Nutzen beider", die die Euro-Med-Region als eine einheitliche Gemeinschaft darstellen ("wir sind jetzt alle Freunde und kämpfen gegen einen gemeinsamen Feind!"), werden neokoloniale Machtstrukturen verschleiert, die die afrikanische Bevölkerung ausbeuten und ihre Ressourcen ausplündern.

Indem sie sich für die Nutzung der bestehenden Gaspipeline-Infrastruktur einsetzt, befürwortet sie im Grunde einen bloßen Wechsel der Energiequelle unter Beibehaltung der bestehenden autoritären politischen Dynamik und unter Beibehaltung der Hierarchien der internationalen Ordnung. Die Tatsache, dass sie die Nutzung von Pipelines aus Algerien und Libyen (auch durch Tunesien und Marokko) fördert, wirft eine Reihe von Fragen auf: Was würde passieren, wenn Europa kein Gas mehr aus diesen Ländern importiert (13 % des in Europa verbrauchten Gases stammt aus Nordafrika)? Würden die Bestrebungen Algeriens nach Demokratie und Souveränität – die im Aufstand gegen die Militärdiktatur 2019-2021 deutlich zum Ausdruck kamen – in dieser Gleichung berücksichtigt werden? Oder handelt es sich lediglich um eine weitere Neuauflage des Status quo, bei der Wasserstoff einfach Gas ersetzt? Vielleicht gibt es ja doch nichts Neues unter der Sonne.

Darüber hinaus wird im Desertec-Manifest darauf hingewiesen, dass "in einer ersten Phase (zwischen 2030 und 2035) eine beträchtliche Wasserstoffmenge durch die Umwandlung von Erdgas in Wasserstoff erzeugt werden kann, wobei das CO2 in leeren Gas-/Ölfeldern gespeichert wird (blauer Wasserstoff)". Dies kann neben der Nutzung der seltenen Wasserressourcen zur Herstellung von Wasserstoff als ein weiteres Beispiel für die Deponierung von Abfällen im globalen Süden und die Verlagerung von Umweltkosten vom Norden in den Süden (Schaffung von Opferzonen) angesehen werden.

Schließlich wären enorme Vorabinvestitionen erforderlich, um die für die Produktion und den Transport von grünem Wasserstoff erforderliche Infrastruktur aufzubauen. In Anbetracht früherer Erfahrungen mit der Durchführung solcher kosten- und kapitalintensiven Projekte führen die Investitionen letztlich zu einer höheren Verschuldung des Empfängerlandes, was die Abhängigkeit von multilateralen Krediten und ausländischer Hilfe noch verstärkt.

Auf dem Weg zu einem gerechten Übergang?

Was alle genannten Projekte zu vereinen scheint, ist die irrige Annahme, dass jede Entwicklung hin zu erneuerbaren Energien zu begrüßen ist und dass jede Abkehr von fossilen Brennstoffen, egal wie sie vollzogen wird, sinnvoll ist. Man muss es klar sagen: Die Klimakrise, mit der wir derzeit konfrontiert sind, ist nicht auf die fossilen Brennstoffe an sich zurückzuführen, sondern auf ihre nicht nachhaltige und zerstörerische Nutzung, um die kapitalistische Maschinerie anzukurbeln.

Die meisten Beiträge zu Nachhaltigkeit, Energiewende und Umweltfragen in Nordafrika werden von internationalen neoliberalen Institutionen und Denkfabriken dominiert und lassen Fragen der Klasse, der Rasse, des Geschlechts, der Macht oder der Kolonialgeschichte außer Acht. In allen Fällen werden die einfachen Menschen und die arbeitenden Armen von jeder Strategie ausgeschlossen und als ineffizient, rückständig und unvernünftig dargestellt. Die Menschen in Nordafrika, deren Leben am stärksten von der Klima- und Umweltkrise (und den ungerechten, von oben verordneten Maßnahmen zu ihrer Bewältigung) betroffen sein wird, sind Kleinbauern und -bäuerinnen, Kleinfischer und -fischerinnen, Viehzüchter und -züchterinnen (deren Weideland für den Bau von Mega-Solarkraftwerken und Windkraftanlagen in Beschlag genommen wird), Arbeiter und Arbeiterinnen in der fossilen Brennstoffindustrie und im Bergbau, informelle Arbeiter und Arbeiterinnen und die verarmten Klassen.

Aber sie werden an den Rand gedrängt und daran gehindert, ihre Zukunft zu gestalten. Ein gerechter Übergang muss unser globales Wirtschaftssystem, das auf sozialer, ökologischer und sogar biologischer Ebene untauglich ist (wie die COVID-19-Pandemie zeigt), grundlegend umgestalten und entkolonialisieren.

Im Zusammenhang mit den globalen Diskussionen um Klimagerechtigkeit müssen wir immer wieder fragen: Wem gehört was? Wer macht was? Wer bekommt was? Wer gewinnt und wer verliert? Wessen Interessen werden bedient? Das Gerede über Nachhaltigkeit und “grüne” Übergänge darf keine glänzende Fassade für neokoloniale Pläne der Ausbeutung und Herrschaft sein.

taken from here

← PREVIOUS NEXT →

META

CONTACT
FORCE-INC/MILLE PLATEAUX

IMPRESSUM
DATENSCHUTZERKLÄRUNG

TAXONOMY

CATEGORIES